



**Soziale Gerechtigkeit in der Krise? Gerechtere Verteilung wagen
Mehr öffentlicher Luxus wäre möglich! 10 Jahre Osnabrücker Sozialkonferenz
Kristel Sauder**

Mehr als 100 Menschen sind am Samstag, den 21. April 2012, in die Kath. Fabi gekommen, um an der 20. Osnabrücker Sozialkonferenz (OSK) teilzunehmen. Manfred Flore von der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften begrüßt alle, die an diesem Tag den 10. Geburtstag der OSK zum Thema „Soziale Gerechtigkeit in der Krise? - Für mehr soziale Gerechtigkeit in der Region“ begehen wollen und betont die notwendige, oft unbequeme Rolle der OSK. Er erinnert an den einstimmigen Ratsbeschluss, der einer Forderung der ersten OSK 2002 folgte und die

Verwaltung beauftragte, einen Bericht zur sozialen Ungleichheit (Armut- und Reichtumsbericht) in Osnabrück – später immer wieder unter dem unpassenden Stichwort „Armut-bericht“ verhandelt – zu erarbeiten. Endlich, zehn Jahre später, gibt es zu Teilaspekten eine Studie „Soziale Ungleichheit in Osnabrück“ und eine weitere Erhebung mit dem Titel „Es reicht nicht – Eine Befragung von Familien im SGB-II-Bezug in Osnabrück“ (im Internet abrufbar bei <http://www.kooperationsstelle-osnabrueck.de>).

Geburtstagsgrüße und Dank an die OSK entrichten die evangelische und katholische Kirche. Pastorin Andrea Kruckemeyer von St. Katharinen warnt vor einer Gewöhnung an soziale Ungerechtigkeit, die in Wirklich-

keit ein Skandal sei und erwähnt die Denkschrift der EKD, die ein „Modell gerechter Teilhabe“ reklamieren.

Deutlicher und konkreter wird der Caritasvorsitzende im Bistum Osnabrück, Dr. Gerrit Schulte, indem er das Bildungspaket der Bundesregierung als völlig unzureichend und das beabsichtigte Betreuungsgeld als falsch kritisiert. Kostenlose Ganztageseinrichtungen mit freiem Mittagessen und Lernmittelfreiheit seien unverzichtbar. Er bezeichnet die Zunahme von psychischen und physischen Erkrankungen bei Jungen und Alten als in hohem Maße besorgniserregend und verweist auf die Caritaskampagne 2012 „Armut macht krank“. Als besonders schwache und bedürftige Gruppen in unserer Gesellschaft

benennt er Rumänen und Bulgaren, die fast ohne Unterstützung versuchen in Deutschland Arbeit zu finden und mit ihren Familien menschenwürdig zu leben, ferner Menschen mit Duldungsstatus und Flüchtlinge.

Im Anschluss daran und zu Beginn seiner sowohl humorvoll-sarkastischen wie wissenschaftlich fundierten Ausführungen zum Hauptthema der Sozialkonferenz trifft der Alternative Wirtschaftsweise Prof. Dr. Herbert Schui zunächst mittels einer Definition von Sozialethik aus einem Evangelischen Staatslexikon und Evangelium die Feststellung, dass „Harz IV“ und seine Folgen nicht christlich zu begründen seien. Kernthese seines Vortrages: Es ist absurd, wenn bei steigender Produktivität die Armut zunimmt. Veranschaulicht: Ein Bauer kauft von seinem Gewinn einen neuen Traktor, der die gleiche Leistung in viel kürzerer Zeit schafft als die alte Erntemaschine, also „Arbeitszeitverkürzung bei vollem Ernteausgleich!“ Was tun mit dem neuerlichen Gewinn? „Mehr öffentlicher Luxus wäre möglich.“ Stattdessen finden sich Leere in den öffentlichen Haushalten, Lohndumping, Prekäre Arbeit und pseudowissenschaftliche Rechtfertigungen des Absurden (Leistungssträgerideologie, quasi religiöser Marktmythos) zur

Erklärung um sich greifender Armut in Deutschland, dessen „Lohnmodus“ noch im 19. Jahrhundert verharre, als ein wesentlich höherer Investitionsgüterbedarf als heute herrschte. Heute das Richtige ist Vollbeschäftigungspolitik und die Umsetzung potentiellen Reichtums in Wohlfahrt. „Wir brauchen das Parlament und die Gewerkschaften, um gegen den herrschenden Mythos zu verstoßen, müssen die Dimension der zusätzlichen Produktion immer im Blick haben und müssen besser verteilen. Wir müssen zurück zum Artikel 20 GG (sozialer Bundesstaat) und zu Art. 1 GG (unantastbare Würde des Menschen) als ewige Artikel des Grundgesetzes, die nicht verändert werden dürfen. In der anschließenden Diskussion wurde u.a. auf die Einschränkung von Gewerkschaftsrechten in der Krise und die Frage „Wer hat die öffentlichen Kassen leer gemacht?“ eingegangen.

Unter dem Titel „Armutsbekämpfung konkret - Ergebnisse und Handlungsfelder“ wird im weiteren Programm nach dem Mittagsimbiss der Bericht zur sozialen Ungleichheit in Osnabrück von Stadträtin Frau Rzycki und Darijusch Wirth (einer der Autoren) vorgestellt. Die Datensammlung soll zukünftig fortgeschrieben werden. Aus ihr ergeben sich Handlungsfelder

und mit Prioritäten versehene Handlungsbedarfe. Eine gemeinschaftliche Planung mit vielen Beteiligten soll schnellstmöglich die Entwicklung von konkreten Maßnahmen bewerkstelligen. Bis Ende 2013 soll klar sein, wofür die 2,14 Mio Euro aus Europaprogramm ausgegeben werden sollen. Daraus bestritten werden sollen u.a. räumliche und sächliche Mittel für den Ganzttag, aber auch Personalbedarf. Eine Expertengruppe soll von der Stadt berufen werden.

In der Diskussion wird ein Zwiespalt zwischen vernünftiger Umsetzung und engem Zeitplan wegen der Mittelvergabe beklagt. Für einen „Runden Tisch“ aller Beteiligten liege bisher kein Ratsauftrag vor. Dem widerspricht Uli Sommer, der einen Beschluß von April 2008 nennt. Vertreter der Osnabrücker Sozialkonferenz kritisieren erneut die mangelnde Zusammenarbeit mit der Stadt. Schon die 14. Sozialkonferenz hatte sich 2009 mit Kinderarmut in Osnabrück beschäftigt. Andere Diskutanten bemängeln die zu starke Beschränkung auf den Bereich Bildung.

Am 10. November 2012 wird die 21. Osnabrücker Sozialkonferenz stattfinden.

Hans Böckler Stiftung

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

<http://www.boeckler.de/>

Auf der Website der HBS befinden sich sehr gute Unterrichtsmaterialien!



**Dritte Welt Verein
Osnabrück e.V.
Spendenkonto:
Sparkasse Osnabrück
Konto-Nr. 1609402076
BLZ 26550105**